

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/YXII/25

Bonn, den 3. Februar 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	Dialog mit der NFD ?	73

Bemerkungen zu einer Diskussion

Von Dr. Hans Apel, MdB

3 - 4	Auch in der mittelfristigen Planung: "Hessen vorn"	87
-------	--	----

Erste Zwischenbilanz für den Großen Hessenplan
Zinn will seine Erfahrungen dem Bund mitteilen

5	Frau mit Herz und Verstand	45
---	----------------------------	----

Marta Schanzenbach zum 60. Geburtstag

SONDERBEILAGE

1 - 4	Antizyklische Finanzpolitik für Stabilität und Wachstum	79
-------	---	----

Sorgen um die Bildungs- und Wissenschaftspolitik

Von Klaus Helfer, Referat für Bildungsfragen in der SPD

+ + +

Dialog mit der NPD ?

Bemerkungen zu einer Diskussion

Von Dr. Hans Apel, MdB

Viele bewegt in diesen Monaten die Frage: Wie wollen wir es mit der NPD halten? Sollen wir uns mit ihren Vertretern auf dem Boden von kirchlichen Akademien, Universitäten und andernorts zu Diskussionen zusammensetzen oder nicht?

Die Antwort darauf wird besonders schwer, wenn man - wie es mir ergangen ist - dem Dekan des Wehrbereichs IV für eine Tagung für Offiziere der Bundeswehr einen Vortrag über "Die Gemeinschaft der Nationen" zusagt und erst hinterher deutlich wird, daß außerdem die Teilnahme an einer Diskussion mit der NPD über den "Nationalismus heute" erwartet wird. Man mag das Gefühl haben, "reingelegt" worden zu sein. Eine nachträgliche Absage muß aber bei den Teilnehmern der Tagung den Eindruck erwecken, die SPD weiche der Auseinandersetzung mit der NPD angstvoll aus.

Meine Erfahrung nach sechs Stunden Diskussion über den "Nationalismus heute" sagt mir, daß diese Art von Veranstaltungen der NPD nicht schlecht bekommt. FDP, CDU und SPD drücken mit ihren Erklärungen und Fragen die NPD in die Defensive. So entsteht der Eindruck, die drei im Bundestag vertretenen Parteien hätten sich verschworen, der NPD den Garaus zu machen. "Drei gegen einen", so ein Diskussionsredner, "das sei eben unfair". Hinzu kommt, daß es die Vielzahl der Fragen dem NPD-Politiker leicht machten, auszuweichen, zu relativieren, nicht zu antworten. Es kann sich sogar in einigen Hirnen der Eindruck festsetzen, die NPD sei wohl doch so etwas wie eine nationale Alternative zum Gleichklang der Argumentation von FDP, CDU und SPD.

Zudem ist die NPD-Taktik von bemerkenswerter Elastizität. "NPD-Nationalismus" ist nicht zuletzt gekennzeichnet durch:

- * die Verunglimpfung der Vergangenheit von Politikern und Parlamentariern der drei großen Parteien,
- * die Fremdenfeindlichkeit, den Rassenstolz gegenüber Gastarbeitern und anderen Ländern und Kontinenten,
- * die Pflege gefährlicher Illusionen über die Möglichkeiten deutscher Politik,
- * Kritik an Erscheinungen wie der Kohlenkrise, der Probleme in der

- * Agrarwirtschaft, dem Problem der Stationierungskosten aus nationalis-
tischer Sicht, ohne eigene Lösungsvorschläge zu haben.

In der ersten Aussage ist alles sehr klar. NPD-Oberleutnant Lindner auf dieser Tagung: "Die Bonner Bundestagsabgeordneten vertreten nicht mehr ein gesundes Nationalgefühl". Fragt man genauer, ob die Volksvertretung also dem Wohl des Volkes zuwiderhandelt, wird sofort ausgewichen und nur noch darauf hingewiesen, daß es doch eigentümlich sei, daß der Bundestag 1966 einhellig die Friedensnote der Bundesregierung gebilligt habe. Geht man der NPD-Aussage auf den Grund, so erfährt man: "Die Verherrlichung des Landesverrates bei uns muß aufhören". - Auf diese Weise werden zwar führende Politiker unseres Staates nicht direkt in den Kreis der "Landesverräter" mit einbezogen, aber doch ehrabschneidend bewertet.

Es ist für mich nicht mehr sicher, ob die Vertreter der NPD ihre Thesen stets für gültig halten. Es gibt gute Gründe für die Annahme, hier hätte eine Gruppe intensiv "Marktforschung" getrieben und dabei festgestellt, mit nationalistischen Parolen und vagen Versprechungen für Branchen mit ökonomischen Problemen sei ein ganz ordentliches politisches Geschäft aufzubauen. Damit werden politische Erscheinungen dieser Art aber weder ungefährlicher noch erträglicher.

Ich versuche daher aus dieser Erfahrung folgende Überlegungen abzuleiten.

1. Es wäre falsch, Diskussionen mit der NPD aus dem Wege zu gehen. Allerdings muß dabei stets sichergestellt werden, daß wir der NPD nicht eine willkommene Propaganda-Plattform liefern. Wir sollten aber vor allem dafür sorgen, daß nicht allein über die NPD-Ideologie diskutiert wird. Geht es um Sachfragen - die aktuelle Deutschlandpolitik, konkrete Wirtschafts- und Sozialfragen, die EWG, dann steht die NPD ärmlich und aller Phraseologie entkleidet da.
2. Mancher ältere Offizier der Bundeswehr wundert sich darüber, daß es einzelnen NPD-Offizieren in der Bundeswehr möglich ist, durch Äußerungen in Versammlungen die Autorität der Demokratie, ihrer Institutionen und Repräsentanten infrage zu stellen. Auf diese Weise könnten gerade junge Soldaten dazu verleitet werden, für sich selbst gefährliche Schlußfolgerungen zu ziehen und die Widerstandskraft der Demokratie zu bezweifeln. Es muß deutlich werden, daß die Demokratie bereit ist, die Möglichkeiten zu benutzen, die dem Staat zur Sicherung der Treupflicht seiner Beamten ihm gegenüber zur Verfügung stehen.

Auch in der mittelfristigen Planung: "Hessen vorn"

Erste Zwischenbilanz für den Großen Hessenplan
Zinn will seine Erfahrungen dem Bund mitteilen

H.-B.-er - Schon im Januar 1951 hat Hessens Ministerpräsident Dr. Georg August Zinn von der Idee eines "Großen Hessenplans" gesprochen von der Notwendigkeit eines mittelfristigen Rahmenplans für die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse und die Hebung der sozialen Sicherheit durch einen systematischen, aber keineswegs starren Ausbau der Gesundheitsaufgaben in Stadt und Land.

Bis zur Verkündung des "Großen Hessenplans" dauerte es allerdings noch fast 15 Jahre. Aber Hessens Regierungschef, seine Minister und die Fachleute in der Verwaltung waren in dieser Zeit nicht untätig, im Gegenteil: Die einzelnen "Hessenpläne" für wichtige Teilbereiche (Rotweißes Sportprogramm, Zonenrandförderung, Krankenhaus- und Wohnungsbaupläne usw.) brachten nicht nur punktuelle Erfolge, sondern auch ein hohes Maß an praktischen Erkenntnissen für den großen, alle Bereiche der hessischen Landespolitik umfassenden Plan, mit dessen Realisierung 1965 begonnen werden konnte.

Georg August Zinn wollte mit seinem "Großen Hessenplan" demonstrieren, wie eine sozialdemokratische Regierung vorausschauend den Anforderungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gerecht zu werden vermag. Zinn handelte dabei in engem Einvernehmen mit der SPD, die die Bewältigung der großen nationalen Gemeinschaftsaufgaben seit langem in den Mittelpunkt der innenpolitischen Auseinandersetzungen gestellt hatte. In der Begründung für den Großen Hessenplan wurde deshalb auch der sozialdemokratische Wirtschaftssenator von Berlin, der heutige Bundeswirtschaftsminister Professor Dr. Karl Schiller zitiert, der darauf aufmerksam gemacht hatte, die für die Gemeinschaftsaufgaben nötigen öffentlichen Investitionen machten schon einen beträchtlichen Teil der Gesamtinvestitionen der Wirtschaft aus. Ihr Umfang müsse daher "unter strikter Beachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage sorgsam bemessen und planvoll auf das Wachstum hin reguliert werden".

Diese volkswirtschaftlichen Überlegungen, wie sie Professor Schiller vertreten hatte, sind in den Großen Hessenplan mit einbezogen worden. Bundeswirtschaftsminister Schiller freut sich darüber, denn die Praktikabilität einer soliden Planung als Orientierung hat sich bereits erwiesen. Und mit Genugtuung vernahm Ministerpräsident Zinn, was der neue Bundeskanzler für das neue Kabinett in seiner Regierungserklärung zur Frage der sinnvollen Planung gesagt hat:

- * "Es fehlt an der mittelfristigen Vorausschau. Hätten wir schon recht
- * zeitig die schlechten Finanzprognosen, wie wir sie heute auf-
- * stellen, erarbeitet, so wäre diese Entwicklung" - gemeint ist
- * die Situation in der Bundesrepublik - "vermieden worden."

Wen wundert es, daß Georg-August Zinn in seiner eigenen Regierungserklärung dazu feststellte:

- * "Wenn der Bund und die anderen Bundesländer eine vorausschauende Planung wie den Großen Hessenplan" zur Hand gehabt hätten,
- * hätten sich manche Anforderungen an die öffentliche Hand zur
- * rechten Zeit auf das realisierbare Maß zurückführen lassen."

Die hessische Regierung ist, wie Zinnhinzugefügt hat, gerne bereit, die Bundesregierung mit ihren praktischen Erfahrungen und längerfristigen Planungen zu unterstützen.

Schließlich können die Hessen darauf verweisen, daß ihre Prognosen und Grundlagen im "Großen Hessenplan" - trotz der veränderten Wirtschaftslage im übrigen Bundesgebiet - von zwei angesehenen Instituten bestätigt wurden, daß die Planungen für den ersten Dreijahresabschnitt von 1965 bis 1967 zu 90 Prozent eingehalten wurden.

Im übrigen ist es auch so, daß eine moderne volkswirtschaftliche Rahmenplanung, wie die Hessen sie praktizieren, keineswegs ein verbindlicher Mehrjahreshaushalt ist. Vielmehr eröffnet der "Große Hessenplan" als Orientierungs- und Entscheidungsrahmen eine Auswahl, vor allem eine Orientierung zu längerfristigen wirtschaftlichen Wachstumserfordernissen.

Entscheidend bei dem "Großen Hessenplan" war und ist auch, daß die Landesregierung die Lösung der Gemeinschaftsaufgaben für einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren in den Griff zu bekommen vermag, hierbei aber keineswegs zu dirigistischen Maßnahmen greifen muß. Staat und Gemeinden sagen der Öffentlichkeit und damit auch der privaten Wirtschaft, welche Vorstellungen sie von der Lösung der wichtigsten Probleme der Gemeinschaft haben und geben damit gleichzeitig der Industrie aller Bereiche die Möglichkeit, ihre eigenen Investitionen auf die Erfordernisse der Allgemeinheit abzustimmen.

Hessen hat auf diesem Wege bereits Prioritäten gesetzt. Der Bund wird, nachdem er jetzt zum Ausgleich des Haushalts die schmerzhafteste Operation einer negativen Vorrangliste hinter sich gebracht haben dürfte, an die Prioritäten von morgen und übermorgen denken müssen. Ein Sofortprogramm in dieser Richtung ist wohl der Eventualhaushalt, wie ihn Prof. Schiller vorgeschlagen und im Kabinett durchgebracht hat.

Diesem ersten Schritt werden gewiß weitere und weitergehende Schritte folgen müssen, wie sie in der Regierungserklärung der Großen Koalition angekündigt wurden. Dabei könnte überall dort, wo es möglich ist, das hessische Beispiel herangezogen werden. Auch die Große Koalition wird dabei über Legislaturperioden hinwegdenken müssen, auch wenn sie wünscht, daß das jetzige Zweckbündnis der großen Parteien früher beendet werden soll. Auch die anderen Bundesländer täten vielleicht ganz gut, sich mit Hessens mittelfristiger Vorausschau zu beschäftigen. Wahrscheinlich hätte eine solche Vorausschau nicht nur den Bund, sondern auch manches Land vor finanz- und haushaltspolitischen Fehlentwicklungen bewahren können.

Frau mit Herz und Verstand.

Marta Schanzenbach zum 60. Geburtstag

K.M. - Wenn die Bundestagsabgeordnete Marta Schanzenbach am 7. Februar ihren 60. Geburtstag feiert, kann sie - das Kind einer neunköpfigen Arbeiterfamilie aus Gengenbach im Schwarzwald - auf ein Leben zurückblicken, das dreifach der sozialen Verpflichtung gewidmet war und ist: den Menschen, aus deren Welt sie selber kommt, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der sie seit ihrer frühesten Jugend angehört und der Arbeiterwohlfahrt, der immer ihre besondere Liebe galt.

Marta Schanzenbachs Leben war nicht leicht. Sie mußte sich gegen viele Widerstände durchkämpfen. Entsprechend ihrem Wesen wählte sie den Beruf der Fürsorgerin der Jugendwohlfahrt und legte ein hervorragendes Staatsexamen ab. Frauen wie Luise Schröder, Hedwig Wachenheim und Maria Juchacz prägten zu einem großen Teil Lebensbild und Charakter von Marta Schanzenbach; in ihnen sah sie ihre Vorbilder. Die große Arbeitslosigkeit in den dreißiger Jahren ging weder an ihr noch an ihrem Mann, der auch Fürsorger war, spurlos vorüber. Als die Nationalsozialisten den demokratischen Staat zerstörten, warfen sie Marta Schanzenbach, damals schon eine profilierte Sozialdemokratin, aus ihrer Lebensbahn. Man stellte sie kalt, berief sie aber später, als die Not des Krieges drängender wurde, wieder in ihr Amt als Fürsorgerin. Damals sorgte sie für die Frauen, deren Männer gefallen waren. Tatkräftig und entschlossen half sie unzähligen verzweifelten Müttern, deren Söhne und Männer im Felde geblieben waren. Sie verlor in dieser Zeit ihren eigenen Mann; er kehrte nicht aus Rußland zurück. Als Mutter einer Tochter und eines Sohnes, die auch ihr Recht verlangten, stellte sich Marta Schanzenbach nach 1945 sofort wieder für den Aufbau der neuen deutschen Demokratie zur Verfügung. Ihr Stolz sind neben der Leistung für das Gemeinwohl auch heute noch ihre Kinder. Die Tochter ist mit einem Major im Generalstab der Bundeswehr verheiratet, der Sohn diplomierter Volkswirt.

Als Mitglied des Parteivorstandes der SPD und langjähriges Präsidiumsmitglied hat Marta Schanzenbach viele Jahre nach dem Kriege die Frauenarbeit in der Sozialdemokratie geleitet. In ihrer Heimat Südbaden steht sie an der Spitze der Arbeiterwohlfahrt und schuf vorbildliche Heime für Kinder und alte Menschen. Als Mitglied der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion wirkt sie entscheidend an der Gesetzgebung für die Stellung der Frau mit; sie gehört zu den Initiatoren der Frauenenquete, die vor kurzem dem Bundestag vorgelegt wurde.

In Marta Schanzenbach vereinigen sich mütterliche Umsicht und klarer Blick für das Wesentliche mit einer nie erlahmenden Energie in der Tätigkeit zum Wohl der Allgemeinheit. Bescheiden und zurückhaltend, wie es ihr Wesen ist, wird sie sicher über die zahlreichen Ehrungen, die ihr aus Anlaß ihres 60. Geburtstages dargebracht werden, etwas verlegen sein. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist stolz auf Marta Schanzenbach.

Antizyklische Finanzpolitik für Stabilität und Wachstum :

Sorgen um die Bildungs- und Wissenschaftspolitik

Von Klaus Helfer, Referat für Bildungsfragen in der SPD

Am 24./25. Februar diskutieren sozialdemokratische Parlamentarier aus der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik wichtige Weichenstellungen der künftigen Innenpolitik. Die vorgesehenen Hauptreferate behandeln Probleme der Finanzverfassung und der Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums, wie die Möglichkeiten ihrer Lösung im Bund-Länder-Verhältnis. Tatsächlich lassen sich ohne den Hintergrund dieser grundsätzlichen Fragestellungen auch die aktuellen Aufgaben nicht sinnvoll diskutieren, die zunächst auf die Überwindung dessen zielen, was Wirtschaftsminister Schiller bei einer SPD-Konferenz wenige Tage nach der Regierungsbildung die "hausgemachte Flaute" unseres Wirtschaftslebens nannte.

Dieses Wort sollte nicht in dem Sinne mißverstanden werden, als hätte die Restriktionspolitik der Bundesbank mit Bekämpfung einer zwar unangenehmen, aber nicht lebensgefährlichen Wucherung ohne Not wirtschaftliches Wachstum auf Spiel gesetzt. Dieser Eindruck begünstigt die allzu bequeme Selbsttäuschung, als brauchte mit den gegenwärtigen Krisenerscheinungen nur eine durch Überhänge, öffentliche Aufgaben verursachte, vorübergehende Gleichgewichtsstörung unseres ansonsten gesunden Wirtschaftskörpers überwunden zu werden.

Mangelerkrankungen der Volkswirtschaft

In Wahrheit ist dieser Wirtschaftskörper krank. Der Währungsverfall der letzten Jahre, wie charakteristische Reaktionen auf die Dämpfungsmaßnahmen der Notenbank, sind Symptome eines inneren Auszehrungsprozesses, der bereits in den Jahren der Hochkonjunktur begann und der das "deutsche Wirtschaftswunder" nun als sehr anfälliges Produkt einer Erreibhauspolitik erweist, die die Grundlagen eines gleichgewichtigen Wachstums systematisch verkümmern ließ. Die Vernachlässigung unserer Infrastruktur, d.h. jener Investitionen in Forschung, Ausbildung, Verkehr und Gesundheit, die - wegen ihrer nur langfristigen und indirekten Rentabilität dem Marktmechanismus entzogen - zum Aufgabenbereich öffentlicher Vorsorge gehören, hat unserer Volkswirtschaft in der Vergangenheit zwar hohe Wachstumsraten beschert, die gesamtwirtschaftliche Investitionsstruktur aber in der unglücklichsten Weise verzerrt.

Nicht wegen zu großer sondern wegen völlig unzureichender Aufwendungen der öffentlichen Haushalte in den vergangenen Jahren zeigen sich jetzt Anpassungsschwierigkeiten im Produktionsapparat, die zu einer allgemeinen Wachstumskrise führen müssen, wenn sich die öffentliche Strukturpolitik nicht zu einer energischen Therapie entschließt. Diese Therapie muß davon ausgehen, daß die für ein gleichgewichtiges Wachstum unabdingbare Steigerung der Arbeitspro-

duktivität heute unmittelbar von solchen öffentlichen Maßnahmen abhängt, welche sowohl auf die Beschleunigung des technischen Fortschritts als auch auf die Hebung des Leistungsvermögens, der Mobilität und der Flexibilität menschlicher Arbeitskraft zielen.

Mit dieser Argumentation hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bereits im Jahresgutachten 1965 die Notwendigkeit begründet, die Ausgaben für Schulen und Hochschulen wie auch die öffentliche Förderung der Forschung und der technischen Entwicklung "nicht unbeträchtlich schrittweise" zu steigern als die Gesamtausgaben der öffentlichen Hand oder das Bruttosozialprodukt, "sofern nur der jetzige Versorgungsstand aufrecht erhalten bleiben soll". Das Jahresgutachten 1966 bemängelt neuerlich, daß "in der Bundesrepublik wachstumspolitisch wichtige öffentliche Investitionen - so etwa im Bereich von Verkehr, Gesundheit und Bildung - ins Hintertreffen geraten" seien.

Restriktionsruinen der Infrastruktur

Die Geldmarkt- und Finanzpolitik des letzten Jahres hat besonders bei den Ländern und Gemeinden zu rigorosen Kürzungen der Investitionshaushalte geführt. Allenthalben bezeugen "Restriktionsruinen" den Schiffsbruch einer Bundesregierung, die letztlich nicht an einem Haushaltsdefizit, sondern an ihrer Unfähigkeit scheiterte Politik als Vorsorge für die Zukunft zu begreifen. Das Kabinett Kiesinger-Brandt hat sich in seiner Regierungserklärung zum Kurswechsel bekannt und den Vorrang der "die Zukunft unseres Volkes sichernden Infrastrukturinvestitionen" auch vor konsumtiven Sozialleistungen unterstrichen, deren Bestand schließlich nur im kontinuierlichen wirtschaftlichen Wachstum zu sichern ist.

In einer Situation, in der das Staatsschiff gegen schwere wirtschaftspolitische Gegenwinde kreuzen muß, können auch die neuen Steuerleute das Wendemanöver nicht von heute auf morgen vollziehen. Es ist gut, daß man sich jetzt darüber im klaren ist, wie wichtig dabei ein sehr enges Zusammenspiel von Bundesbank und Bundesregierung ist. Sind wir uns aber auch dessen bewußt, daß die überfällige Umstrukturierung des öffentlichen Gesamthaushaltes nur im Zusammenwirken aller Ebenen erreicht werden kann?

Die Notwendigkeit langfristiger Strukturpolitik

Diese Frage ist das Generalthema der großen Finanzreform. Die Diskussion um die Vorschläge des Träger-Gutachtens geriet in den letzten Monaten in den Schatten der Auseinandersetzung um das kurzfristig Notwendige. Zweifellos wird die neue Bundesregierung hierzu die gesetzgeberischen Vorarbeiten energischer vorantreiben als bisher. Anlaß zur Sorge bietet lediglich die Überlegung, ob durch jetzt ergriffene kurzfristige Maßnahmen bestimmte, später schwer zu korrigierende Weichenstellungen eingeschlagen werden könnten, die der Zielsetzung tendenziell entgegen laufen.

Eine dieser Maßnahmen ist die im Zuge des Programms der "kontrollierten Expansion" von der Bundesregierung vorgesehene Vorlage eines Eventual- oder Investitionshaushaltes von 2,5 Mrd. DM, durch den die Wirtschaft einen Belebungsimpuls erhalten soll. Über die Inanspruchnahme des Geldmarktes in dieser Größenordnung besteht Einvernehmen zwischen Bundesbank und Bundesregierung. Der Bundes-

Kanzler führte am 20. Januar vor dem Bundestag aus, daß "sofortige erhebliche Investitionen, insbesondere im Bereich von Bundesbahn, Bundespost und im Verkehrswesen" vorgesehen seien. Nach Pressemeldungen sehen die an der Programmierung dieses Haushaltes beteiligten Bundesministerien "eine Chance darin, manche Haushaltspositionen, die sich in den Auseinandersetzungen um den Etatsausgleich verloren haben, über den Eventualhaushalt zurückzugewinnen"

(WELT, 25.1.67). Dies alles stimmt bedenklich und liegt jedenfalls keineswegs auf der Linie des Sachverständigenrates, der im Jahresgutachten 1966 dazu schrieb: "Im Hinblick auf den weiterhin zu erwartenden konjunkturellen Rückgang wäre eine expansiv wirkende Ausdehnung der öffentlichen Haushalte nicht ungünstig zu beurteilen, ginge sie Hand in Hand mit einer wachstumsfördernden Änderung der Ausgabenstruktur".

Wohlgemerkt: Der Sachverständigenrat spricht von der Gesamtheit der öffentlichen Haushalte und bringt daran anschließend seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, daß die - inzwischen festgelegte - Festsetzung des Bundesanteils an der Einkommens- und Körperschaftsteuer auf 37 Prozent zu einer Kürzung der Länderinvestitionen und Investitionszuschüsse an die Gemeinden um 1 Mrd. DM führen werde, wenn die Länder nicht 3 bis 3,5 Mrd. DM auf dem Kapitalmarkt aufnehmen könnten. Die Schwierigkeit des jetzt in Gang gesetzten wirtschaftspolitischen Experiments besteht nun aber gerade darin, daß die Kreditmöglichkeiten nicht stärker beansprucht werden dürfen, als zur Finanzierung der erforderlichen Investitionsanreize unbedingt notwendig ist. Mehr als insgesamt 6 Mrd. DM werden für Neuverschuldungen der Gemeinden, der Länder und des Bundes 1967 kaum auf dem Kapitalmarkt zu holen sein.

Investitionsmaßstab: Arbeitsproduktivität

Unter konjunkturpolitischen Gesichtspunkten ist es zwar relativ gleichgültig, für welche Projekte Kredite aufgenommen werden. Die struktur- und wachstumspolitische Aufgabe erfordert aber eine hochselektive Programmierung des öffentlichen Gesamthaushaltes, die ohne Rücksicht auf die Investitionsebene die Reihenfolge der Investitionsschwerpunkte nach dem Maßstab ihrer Bedeutung für die Steigerung der Arbeitsproduktivität bestimmt. Zweifellos haben auch Rationalisierungsinvestitionen bei Bahn und Post einen Wachstumseffekt. Ist dieser aber wirklich größer als die langfristigen Auswirkungen der Einführung des 9. Schuljahres in Bayern oder der Verwirklichung des Schulentwicklungsplanes in Baden-Württemberg? Gewiß ist die Sicherung der Arbeitsplätze dringlicher als vieles andere. Dürfen wir aber produktivitätsschwache Sektoren und Branchen durch öffentliche Hilfen vor dem Gesundschrumpfen bewahren ohne gleichzeitig in diejenigen Projekte zu investieren, die auf den notwendigen Wandel der Beschäftigungsstruktur, auf die Mobilität der Arbeitskräfte und auf die Beschleunigung des technologischen Fortschritts zielen?

Die Antwort versteht sich fast von selbst: Da die Instrumente der öffentlichen Hand, antizyklische Finanzpolitik und wachstumsfördernde Korrekturen an der Investitionsstruktur, auf die Gesamt-

wirtschaft wirken, können sie auch nur im Rahmen des öffentlichen Gesamthaushaltes programmiert werden. Wenn es an der Zeit ist, die Wirtschaftstätigkeit durch öffentliche Kreditschöpfung zu beleben, dann kann dies sinnvollerweise nur geschehen durch ein abgestimmtes System von Investitionshaushalten aller drei Ebenen, abgestimmt nicht nur hinsichtlich der Investitionsschwerpunkte sondern vor allem auch hinsichtlich der mittel- und langfristigen Verschuldung.

Gemeinsame Finanzplanung

Ein Mittel dazu ist die gemeinsame mittelfristige Finanzplanung von Bund und Ländern, deren Grundlage das "Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" legen soll. Es ist sicher, daß dieser Gesetzentwurf nun in einer Fassung verabschiedet wird, die mit dem von der Regierung Erhard eingebrachten "Ermächtigungsgesetz" nicht mehr viel zu tun hat. Andererseits muß man erkennen, daß die Verpflichtung der öffentlichen Haushalte zu konjunkturgerechtem Verhalten noch keinerlei Garantie für eine wachstumsfördernde Ausgabenpolitik des öffentlichen Gesamthaushaltes und die Sicherung einer wachstumsgerechten Struktur aller öffentlichen Investitionen gibt.

Befürchtungen, daß die Handhabung dieses Gesetzes in erster Linie darauf gerichtet sein könnte, der Stabilisierung des Bundeshaushaltes zu dienen, werden solange nicht zerstreut werden können, wie die Rangordnung öffentlicher Ausgaben und ihrer Finanzierung nicht nach ihrem Wachstumseffekt sondern danach bestimmt wird, ob sie von den Haushalten des Bundes, der Länder oder der Gemeinden zu tragen sind.

Fragen dieser Art wird die Arbeitsgemeinschaft "Bildungs- und Wissenschaftspolitik" unserer Parlamentarierkonferenz stellen müssen. Die Kulturpolitiker werden deutlich zu machen haben, daß sie ein vitales Interesse am Erfolg der Konzeption "Wachstum in Stabilität" haben. Nur von den Zuwachsraten des Sozialproduktes lassen sich die riesigen öffentlichen Investitionen finanzieren, die den Nachholbedarf in Bildung und Wissenschaft decken müssen. Nur durch die Bändigung des Geldwertschwundes kann vermieden werden, daß weiterhin ein Löwenanteil aller Aufwendungen keine wirklichen Verbesserungen bewirkt, weil er von Preissteigerungen verzehrt wird. Weil aber andererseits Fortschritte der Bildungs- und Wissenschaftspolitik zu wichtigsten Voraussetzungen eines gleichgewichtiger wirtschaftlichen Wachstums zählen, sollte man ihrer Finanzierung auch bei den erforderlichen antizyklischen Maßnahmen höchste Priorität einräumen.